

## KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE  
IVAN MATANOVIĆ

November 2017

[www.kas.de/kroatien](http://www.kas.de/kroatien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Soziale Marktwirtschaft - Modell für Slowenien

**Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltete am 21. November 2017 in Maribor mit der NSi-Wirtschaftsvereinigung eine 2. Wirtschaftskonferenz zum Thema: "Soziale Marktwirtschaft – Modell für Slowenien". Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten NSi-Mitglieder und slowenischen Unternehmensvertretern mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Thüringens und jetzigen Magna-Direktor, Dieter Althaus über Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft und Chancen für eine neue Wirtschaftspolitik in Slowenien.**

Der Leiter des KAS-Büros in Zagreb, **Dr. Michael A. Lange**, betonte zu Beginn, wie vorteilhaft es sein würde, die Wirtschaftspolitik Sloweniens noch stärker an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zu orientieren. Die Förderung des Unternehmertums sollte dabei eine besondere Rolle spielen, da nur Unternehmen langfristig Beschäftigung sichern, Innovation hervorbringen und auf diese Weise wirtschaftlichen Wachstum erzeugen können.

Der Vorsitzende des NSi-Wirtschaftsklubs, **Pavel Reberc**, unterstrich dann, dass Slowenien eine klare wirtschaftspolitische Vision und konkrete Lösungen für wirtschaftliche Probleme brauche. Als eine der größten Herausforderungen betrachte die NSi-Partei, die Rahmenbedingungen für Unternehmen, die hohe Staatsverschuldung und die negative demografische Entwicklung. Zu den Lösungen, welche die Partei umsetzen möchte, gehören eine Steuerreform, eine Reform der Arbeitsgesetzgebung und der öffentlichen Verwaltung sowie eine Rentenreform und eine neue Familienpolitik.

Der ehemalige Ministerpräsident Thüringens und kooptiertes Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, **Dieter Althaus**, stellte in seiner Rede zuerst dar, dass die „Soziale Marktwirtschaft“ nach dem 2. Weltkrieg im freien Teil Deutschlands, später im freien Teil Europas und nach dem Zerfall der kommunistischen Diktaturen in ganz Europa eine Erfolgsgeschichte geschrieben habe. Das gelte seit 1991 auch für Slowenien und speziell für die Region um Maribor. Slowenien profitiere derzeit von einem sehr starken Wirtschaftswachstum. Auch im Jahre 2018 soll das Wirtschaftswachstum wieder vier Prozent erreichen. Die Umsetzung einer wachsenden Anzahl von Elementen einer sozialen Marktwirtschaft hat sich also für die slowenische Wirtschafts- und Wertordnung bewährt. Ebenso seien ein verlässliches Rechtssystem und eine auf Subsidiarität bauende, demokratische Ordnung wichtige Faktoren der Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der Stabilität der nationalen, sowie der internationalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Nur ein Konsens bzw. Bekenntnis der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure zur sozialen Marktwirtschaft und dem Interessenausgleich im nationalen und internationalen Rahmen bietet die Voraussetzung für „Wohlstand für alle“.

Der Vorstandsvorsitzende der Wirtschaftskammer der Steiermark, **Dr. Roman Glaser**, brachte dann seine Überzeugung zum Ausdruck, dass vor allem die Export-Unternehmen Sloweniens das Wirtschaftswachstum Sloweniens beflügelt haben. Als wirtschaftliche Besonderheit des nördlichen Teils des Landes hob Dr. Glaser die Entwicklung neuer, moderner Technologien wie etwa der Robotik hervor.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE  
IVAN MATANOVIĆ

**November 2017**

**[www.kas.de/kroatien](http://www.kas.de/kroatien)**

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

Der Vorsitzende der Regionalen Handwerkskammer Maribor, **Aleš Pulko**, verwies danach darauf, dass oft administrative Hindernisse die Stärkung des Unternehmertums verhindern. Die Region Maribor sei offen für jegliche Kooperation die Investitionen, wie z.B. Magna oder den Flughafen Maribor befördern helfen und würde solche auch in Zukunft weiter unterstützen.

Der NSi-Vizevorsitzende und Vorsitzender der Slowenisch-Deutschen Parlamentariergruppe, **Jožef Horvat (MP)**, äußerte sich dann zuversichtlich, dass die Rolle des Staates bei der Weiterentwicklung der Wirtschaft auch weiterhin von Bedeutung bleibe. Eine schnellere Beseitigung administrativer Hürden sei jedoch schon deshalb wünschenswert, weil die Modernisierung der Infrastruktur nicht zuletzt auch Investitionen aus dem In- und Ausland erfordern.

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren sich schließlich darin einig, dass es wichtig sei, das Verantwortungsbewusstsein in der Gesellschaft, Wirtschaft und in der Politik weiter zu befördern, denn ohne ein solches Verantwortungsbewusstsein könne kein nachhaltiges, erfolgreiches Unternehmertum entstehen.